Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 14 | **München, 4. April 1930** | **17. Jahrgang**

1930 Wochenkalender 5690

	April	Nissan	Bemerkungen
Sonntag	6	8	
Montag	7	9	
Dienstag	8	10	תקופה
Mittwoch	9	11	
Donnerstag	10	12	בדיקת חמץ
Freitag	11	13	
Samstag	12	14	צו שבת הגדול ערב פסח הפטרה כה אמר ד׳צובאות

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde München

Kunstgewerbehaus, Pfandhausstraße 7, Donnerstag, den 10. April, 20[15] Uhr, Sseder-Abend und Pessach-Haggadah (3. Abend)

Rabbiner Dr. Finkelscherer:
„Der Ritus des Sseder-Abends"

Professor E. Kirschner:
„Die Melodien des Sseder-Abends"

Das Jüdische Echo

Nummer 14 **4. April** **17. Jahrgang**

Der Bericht der Shaw-Kommission

London, 31. März. (JTA.) Am Montag, dem 31. März, abends, veröffentlichte die britische Regierung den Bericht der von Sir Walter Shaw geführten britischen parlamentarischen Untersuchungskommission für Palästina, die in den letzten Monaten des Jahres 1929 und zu Beginn des Jahres 1930 in Palästina geweilt, an Ort und Stelle Erhebungen über die unmittelbaren Ursachen der Unruhen im August 1929 angestellt und zahlreiche von der Regierung wie von jüdischer und arabischer Seite namhafte Zeugen vernommen hat. Der Bericht ist von allen Mitgliedern der Kommission, zu denen außer Sir Walter Shaw als Berufsjurist noch die Parlamentarier Sir Henry Betterton (konserv.), Hopkins Morris (lib.) und Harry Snell (Arbeiterparteiler) gehören, unterzeichnet. Der Arbeiterparteiler Snell machte zu einzelnen Feststellungen des Berichtes Vorbehalte und fügte seine eigenen Beobachtungen und Überlegungen bei.

In dem Bericht wird erklärt, daß beim Ausbruch der Unruhen in Jerusalem an dem verhängnisvollen Freitag, dem 23. August 1929, es sich nicht um einen Zusammenstoß zweier streitender Parteien, sondern um einen Angriff der Araber auf die Juden handelt, für den es keine Entschuldigung gibt. Die von arabischer Seite aufgestellte Behauptung, daß die Unruhen durch die Ermordung von Arabern durch Juden verursacht worden war, ist nicht erwiesen. Immerhin war der Ausbruch nicht verabredet und überlegt.

In dem Bericht wird weiter festgestellt, daß die Unruhen, die die Form eines böswilligen Angriffes von Arabern auf Juden angenommen haben, mit Zerstörung jüdischen Eigentums verbunden waren. Wohl kamen auch jüdische Angriffe auf Araber vor, aber diese Angriffe waren das Ergebnis der von den Arabern vorher begangenen Gewalttaten.

Der Großmufti von Jerusalem und viele andere arabische Führer — so wird in dem Bericht festgestellt — haben mit der öffentlichen Stimmung ihr Spiel getrieben und tragen ein gut Teil der Verantwortung für die Unruhen. Weder der Mufti als das Oberhaupt des Moslemitischen Obersten Rates, noch die Arabische Exekutive können von der Schuld freigesprochen werden, daß sie es unterlassen haben, öffentlich zu erklären, daß sie für Recht und Ordnung eintreten.

Der Bericht befaßt sich mit der Haltung des Chefsekretärs Luke, der zur Zeit der Unruhen in Abwesenheit des Oberkommissars als stellvertretender Oberkommissar fungierte, und stellt fest, daß ihn kein Tadel treffen kann dafür, daß er nicht noch vor Ausbruch der Unruhen Verstärkungen aus den benachbarten Ländern heranzuziehen sich bemüht hat. Er konnte, da der Angriff ein plötzlicher und unüberlegter war, auf die Ereignisse nicht gefaßt sein. Die Mitglieder der Kommission billigen auch die von Luke getroffene Anordnung, daß denjenigen Juden, die ihre Dienste als Sonderpolizisten anboten, keine Waffen gegeben und ihnen die erhaltenen Waffen nicht weiter überlassen wurden. Auch die Polizeioffiziere, die die jüdische Demonstration an der Klagemauer am 9. Ab und die moslemitische Gegendemonstration am darauffolgenden Tage nicht verhindert haben, trifft kein Tadel, da auch sie die Ereignisse nicht voraussehen konnten.

Der Bericht wendet sich dann den politischen Aspekten zu und führt aus: Die von den Zionisten erhobenen Ansprüche und ausgesprochenen Forderungen betreffend die zukünftige Einwanderung in Palästina erweckten bei den Arabern die Befürchtung, daß sie unter jüdische politische Herrschaft kommen werden und der Quellen ihres Lebensunterhalts beraubt sein würden. Die Kommission erhebt Einwand gegen die Auswahl von Einwanderern durch die jüdische Arbeiterföderation, die wohl mehr auf die politische Überzeugung als auf die besondere Qualifikation der Einwanderer sieht. Nicht gebilligt wird die Entfernung arabischer Bauern von ihrem Pachtboden, wenn ihnen auch Barentschädigung ausgezahlt wird. Die Kommission nimmt aber die jüdischen Bodengesellschaften, die korrekt vorgehen, in Schutz.

Die Kommission empfiehlt der Regierung, ein klares Statement über ihre Politik in Palästina herauszugeben, das in unzweideutigen Ausdrücken dartut, welche Deutung die Regierung jenen Abschnitten im Mandat beimißt, in denen von der Sicherung der Rechte der nichtjüdischen Gemeinschaften Palästinas die Rede ist. Hat aber die englische Regierung einmal gesagt, wie sie ihre Aufgabe als Mandatar auffaßt, dann müsse sie auch klar zu verstehen geben, daß sie ihre Politik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchführen wolle.

Als unmittelbare Ursachen des Ausbruchs werden angegeben: 1. Eine lange Reihe von Zwischenfällen an der Klagemauer, so u. a. die jüdische Demonstration am 15. August und die Tätigkeit der mohammedanischen Gesellschaft zum Schutze der Klagemauer. 2. Aufhetzende Artikel in mehreren arabischen Zeitungen, aber auch in einer jüdischen Tageszeitung. 3. Die verhetzende Propaganda, die die arabische Presse und arabische Agitatoren unter der arabischen Bevölkerung getrieben habenen. 4. Die unter den Arabern entstandenen Besorgnisse in Verbindung mit der Erweiterung der Jewish Agency. 5. Die Unzulänglichkeit der militärischen Streitkräfte und das Fehlen einer zuverlässigen Polizei. 6. Der bei den Arabern entstandene Glaube, daß man die Entscheidungen der Regierung durch eigene Aktionen beeinflussen könne.

Harry Snells Vorbehalte

Die vom Arbeiterdeputierten Harry Snell dem Bericht angefügten Vorbehalte gehen darauf hinaus, daß der Großmufti und die Arabische Exekutive einen weit größeren Teil an Verantwortung

für die Unruhen tragen, als ihnen im Gesamtbericht zugeschrieben wird. Da die Palästinaregierung nicht in der Lage war, mit eigenen Kräften die angegriffene jüdische Minderheit zu schützen, wäre es ihre Pflicht gewesen, aus der Mitte der Juden geeignete Personen auszuwählen und sie mit den Mitteln zur Selbstverteidigung auszurüsten. Die Regierung könne auch nicht von dem Tadel freigesprochen werden, daß sie nicht rechtzeitig ein Kommuniqué erlassen hat, in welchem den Gerüchten über angebliche jüdische Absichten auf die moslemitischen heiligen Stätten entgegengetreten wird. Ein gut Teil Schuld trifft die Regierung auch darin, daß sie den noch vor Ausbruch der Unruhen in Umlauf gewesenen Gerüchten von bevorstehenden Unruhen nicht die entsprechende Bedeutung beigemessen hat.

Harry Snell führt aus, er stimme auch nicht mit der Ansicht der übrigen Mitglieder der Kommission hinsichtlich der Kontrolle über die jüdische Einwanderung überein, er wisse, daß die Juden zum Wohle des gesamten Landes beigetragen und daß die Araber an diesem allgemeinen Wohle teilgehabt haben. Ein freundschaftliches Zusammenarbeiten beider Bevölkerungsteile in Palästina würde die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes fördern und zu einer Reserve des Friedens und Verständigungswillens für die Zukunft werden. Araber und Juden würden sich zu dem Aufbau eines glücklichen und gedeihenden Landes vereinigen. Snell schlägt vor, daß einige jüdische und arabische Führer sich zu einer gemeinsamen Aussprache vereinigen und versuchen mögen, Richtlinien für eine friedliche Zusammenarbeit zur Entwicklung des Landes auszuarbeiten. Ohne jüdische Einwanderung und jüdische Landwirtschaft sei aber eine wirtschaftliche Entwicklung Palästinas nicht denkbar.

Die Tagung des Administrative Committees der Jewish Agency

Vom Montag, dem 23. März bis zum Donnerstag, dem 27. März tagte in London unter dem Vorsitz von Felix Warburg das Administrative Committee der Jewish Agency. Warburg selbst hielt in der Eröffnungssitzung eine großangelegte Programmrede; darauf fand eine allgemeine Aussprache über die Verfassung der Agency statt. Dr. Weizmann, der Präsident der Jewish Agency, erstattete den Bericht über die politische Lage, Herr Direktor Oskar Wassermann referierte über das Budget. In der Generaldebatte sprachen Dr. Chaim Arlosoroff (Vereinigte Arbeiterpartei in Palästina), Dr. Soloweitschik (radikal), Kurt Blumenfeld (Allgemeiner Zionist), Dr. Cyrus Adler (Amerika Nz.), Major Nathan (England Nz.), D'Avigdor Goldsmid (England Nz.), Leonard Stein (Allgemeiner Zionist); Herr Warburg und Herr Nahum Sokolow erwiderten. In einer späteren Sitzung hielt Lord Melchett eine bedeutsame Ansprache; eine spezielle Sitzung wurde dem Werk des Keren Kajemeth Lejisrael und der Kolonisation gewidmet.

London, 27. März. (JTA.) Am Donnerstag, dem 27. März, ist die Tagung des Administrative Committee der Jewish Agency zu Ende gegangen. Es wurde eine Exekutive der Jewish Agency gewählt, der die Mitglieder der Zionistischen Exekutive Nahum Sokolow, S. Kaplansky, Professor S. Brodetsky, Dr. Felix Rosenblüth, Colonel F. H. Kisch, Dr. Arthur Ruppin, Joseph Sprinzak und Rabbi Meir (Berlin), außerdem Professor Maurice B. Hexter, Dr. Werner Senator und Julius Simon angehören. Ingenieur Pinchas Rutenberg, Präsident des Waad Leumi in Palästina, erklärte, der an ihn ergehenden Einladung, der Exekutive der Jewish Agency beizutreten, nicht Folge leisten zu können, er versprach aber, an dem neuen Werke der Jewish Agency in Palästina mitzuarbeiten. (Von den Mitgliedern der Zionistischen Exekutive gehören Harry Sacher, Lazarus Barth, Miß Henrietta Szold und Louis Lipsky der Agency-Exekutive nicht an.)

Das Administrative Committee hat einen Kolonisationsplan angenommen, demgemäß in nächster Zeit 1000 jüdische Familien in Palästina mit einem Kostenaufwand von 350 000 Pfund landwirtschaftlich angesiedelt werden sollen. Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, ist eine Summe von 320 000 Pfund für dieses Werk bereits gesichert.

Das Administrative Committee hat in seiner letzten Sitzung u. a. die folgenden vom Politischen Komitee vorgeschlagenen Resolutionen angenommen:

1. Der jüdischen Bevölkerung in Palästina wird die Bewunderung für die Standhaftigkeit, die sie während der Palästina-Unruhen im August 1929 bewiesen hat, zum Ausdruck gebracht.

Das Administrative Committee der Jewish Agency stellt mit tiefer Befriedigung fest, daß die Judenheit der Welt ihren unbeugsamen Willen manifestiert hat, alles zu tun, um die Idee des jüdischen Nationalheims zu verwirklichen.

2. Die britische Regierung wird aufgefordert, ihre Politik in Palästina so zu führen, daß das Mandat dem Buchstaben und dem Geiste nach verwirklicht werde.

3. Die vom XII. Zionistenkongreß gefaßte Resolution für ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Arabern wird aufs neue bekräftigt.

4. Das Administrative Committee der Jewish Agency verficht das Prinzip, daß es in Palästina keine Beherrschung der Juden durch die Araber oder der Araber durch die Juden geben soll.

* *
*

Wir werden auf den Verlauf der Tagung, insbesondere auf die großen Reden Warburgs, Weizmanns und Melchetts noch zurückkommen; über ihre Bedeutung orientiert das folgende JTA.-Interview mit Dr. Felix Rosenblüth.

Die Bedeutung der Tagung

London, 28. März. (JTA.) Dr. Felix Rosenblüth, Mitglied der Exekutive der Zionistischen Organisation und der Exekutive der Jewish Agency, äußerte sich in einer Unterredung mit dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur in folgender Weise über die Bedeutung der soeben in London abgeschlossenen Tagung des Administrative Committee der Jewish Agency.

Über das Ergebnis der Tagung des Administrative Committee der Jewish Agency ist das Gefühl der Befriedigung allgemein. Die Tagung hat Mißverständnisse beseitigt und jenes Gefühl der Harmonie wieder hergestellt, die schon die Tagung des Council der Agency in Zürich ausgezeichnet hat. Die Tagung war auch bemerkenswert dadurch, daß — zum ersten Male — Führer der nichtzionistischen Gruppe in eine nahe Berührung mit den laufenden Problemen gebracht wurden, ferner dadurch, daß sie klar demonstriert hat, daß Nichtzionisten nicht weniger als Zionisten bestrebt sind, das Werk des Wiederaufbaus in Palästina zu fördern.

Es herrschte wesentliche Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage, die vom Politischen Komitee nach allen Richtungen hin durchgesprochen wurde. Die Politik der Jewish Agency wurde — soweit die Ungewißheit hinsichtlich des Berichtes der Shaw-Kommission dies zuließ — festgelegt und von der Tagung einmütig akzeptiert.

Die Finanzkommission billigte einmütig das in Zürich beschlossene Budget von 750 000 Pfund und erkannte nicht weniger einmütig die Notwendigkeit an, energische Schritte zur Aufbringung der erforderlichen Gelder zu unternehmen. Bevor die Tagung schloß, war es möglich geworden, Anordnungen zu treffen, um die jetzigen finanziellen Schwierigkeiten der Palästina-Exekutive zu beheben. Von den Ergebnissen der in verschiedenen Ländern zugunsten des Keren Hajessod geführten Kampagne wird es jedoch abhängen, ob es möglich sein wird, eine reguläre und systematische Arbeit zu führen.

Ein von der Tagung gefaßter wichtiger Beschluß war der, das in Zürich angenommene Programm in der Weise zu erweitern, daß sofort darangegangen wird, eine große Zahl Familien auf dem Lande anzusiedeln. Dieser Beschluß ist Ausdruck der Meinung, daß die einzig entsprechende Antwort auf die Unruhen im August 1929 beschleunigter Wiederaufbau ist; eine Meinung, die bei der Tagung des Administrative Committee schließlich den Sieg davon getragen hat. Es besteht gute Aussicht, die notwendigen Mittel zur Finanzierung dieses Programms (noch sind die Mittel nicht völlig gesichert) zu bekommen, und es besteht aller Grund zur Hoffnung, daß das neue Werk sofort nach Durchführung der zufriedenstellenden Arrangements beginnen wird. Die Delegierten aus Palästina waren sehr erfreut darüber, daß ihre Forderung nach erweiterer Kolonisation ein solches Echo gefunden hat und daß Einzelpersonen wie Gruppen in nichts weniger als lauwarmer Weise ihre Unterstützung versprachen.

Alle irgendwie größeren Differenzen auf dem Gebiete der Organisation wurden ohne besondere Schwierigkeiten im Geiste gegenseitigen Verständnisses beigelegt. Der Status der Exekutive als der für die Leitung der laufenden Angelegenheiten der Agency (innerhalb der Grenzen der vom Administrative Committee angenommenen Resolutionen) verantwortlichen Körperschaft wurde nicht in Frage gestellt. Es wurden Arrangements getroffen, um eine enge Verbindung des Vorsitzenden des Administrative Committee mit der laufenden Arbeit der Agency sicherzustellen und ihm, gemeinsam mit dem Präsidenten der Agency, ein angemessenes Maß von Einfluß auf Beschlüsse der Exekutive in Angelegenheiten von besonderer Bedeutung einzuräumen.

Hinsichtlich der Verwaltung in Palästina erklärte sich das Administrative Committee mit einer Teilung der Arbeit zwischen der Exekutive als der die oberste Kontrolle ausübenden verantwortlichen Körperschaft und den Leitern der Departements, die ein beträchtliches Maß von Unabhängigkeit in ihrer eigenen Arbeitssphäre genießen sollen, einverstanden.

Gemäß dem in Zürich getroffenen Abkommen sind nun vier Mitglieder der Zionistischen Exekutive aus der Exekutive der Jewish Agency ausgeschieden, vier weitere zionistische Exekutivmitglieder werden bis zum 1. Oktober d. J. ausscheiden. Die neuen nichtzionistischen Mitglieder der Exekutive der Jewish Agency sind Dr. Hexter, Dr. Werner Senator und Herr Julius Simon, die alle sich an den Beratungen des Administrative Committee aktiv beteiligt haben und deren Eintritt in die Exekutive sich zweifellos als von größtem Nutzen für die Arbeit erweisen wird. Außer ihnen gehören der Exekutive bis zum 1. Oktober noch die Herren Nahum Sokolow, Rabbi Meir Berlin, Professor S. Brodetsky, S. Kaplansky, Colonel F. H. Kisch, Felix Rosenblüth, Dr. Arthur Ruppin und J. Sprinzak an. Herr Pinchas Ruthenberg, Vorsitzender des Waad Leumi, versprach, mit der Exekutive zusammenzuarbeiten.

6. Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden

Berlin, 31. März. (JTA.) Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden hielt am 30. und 31. März in Berlin den 6. Verbandstag, den letzten dieser ersten Legislaturperiode, ab. Im Herbst finden, zugleich mit den Repräsentantenwahlen in Berlin und in anderen Gemeinden, Neuwahlen statt.

Der Verbandstag fand Sonntag mittag seinen Auftakt in einer religiösen Weiherede des konservativen Verbandstagsmitgliedes Rabbiner Dr. Rosenthal (Köln).

Sodann eröffnet der Präsident Rechtsanwalt Stern den Verbandstag und bezeichnet als Hauptziele der Arbeit für die nächste Zeit: Schaffung eines neuen Judengesetzes und des Reichsverbandes der deutschen Juden.

Den Tätigkeitsbericht des Rates erstattet sein Präsident Kammergerichtsrat Leo Wolff (Berlin) unter Bezugnahme auf die gedruckte Vorlage. Es ist mit geringem Aufwande Gutes geleistet. Das Wichtigste aber ist, daß sich die preußische Judenheit hier eine legitime Vertretung ihrer Gesamtinteressen und eine Tribüne für ihre Forderungen und inneren Auseinandersetzungen und damit zugleich eine Möglichkeit inneren Ausgleichs durch großzügige gemeinsame Arbeit geschaffen hat. Als Manko ist das Stocken der Reichsverbandsgründung zu werten nach der Ablehnung des gemeinsamen Entwurfs der Landesverbandsleitungen durch den letzten Verbandstag.

Den Etat für 1930/31 bringt der Finanzdezernent im Rat, Direktor Kareski, Vorsitzender der Berliner Gemeinde, ein, zugleich mit dem Rechnungsabschluß für 1928/29. Der Voranschlag schließt in Einnahmen u. Ausgaben mit 1201 000 RM. (1929/30: 1243 000 RM.) ab. Bemerkenswert ist der neue Titel „Bezirksrabbinate" (50 000 RM.) und die Herabsetzung des Wohlfahrtsetats von 180 000 auf 120 000 RM. Der Referent schildert die wachsenden Anforderungen und schrumpfenden Einnahmen, rügt die Säumigkeit zahlreicher Mitgliedsgemeinden bei Erfüllung ihrer Verpflichtungen, die allerdings jetzt schon vielfach unverschuldet sei, aber nicht zu einem Druckmittel für die Durchsetzung von Sonderwünschen werden dürfe. Bei der Gewährung der Staatsbeihilfen werden die Juden anderen Religionsgemeinschaften gegenüber stets benachteiligt. Noch größere Gefahr aber droht von innerjüdischen Gegnerschaften. Wenn jene intrigierende Gruppe (gemeint ist der Halberstädter „Preußische Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden") nicht endlich zu gemeinsamer Arbeit zurück-

findet, wird die ganze preußische Judenheit die von ihr zerschlagenen Fensterscheiben bezahlen müssen. — Die „Sammelanleihe“, vom letzten Verbandstag beschlossen, hat nicht vollen Erfolg gehabt, da von zahlreichen Gemeinden unmögliche Konditionen (Zinslosigkeit u. a. m.) verlangt wurden.

Rechtsanwalt Dr. Klee (Berlin), Vizepräsident des Rates, berichtet über die von der Subventionskommission geleistete Hilfsarbeit.

Das Korreferat zum Geschäftsbericht erstattet Dr. Ismar Freund, Vizepräsident des Rates. Er gibt einen Überblick über das Problem der Staatsbeihilfen: Während die Beihilfen für die christlichen Kirchen in Preußen von 1924 bis 1929 von 53 Millionen auf 82 Millionen RM. jährlich gestiegen sind, beträgt die für uns Juden nur jeweils 200 000 RM. Der Beitrag müßte bei Zugrundelegung des Bevölkerungsanteils mindestens 820 000 RM., bei Zugrundelegung des Steueraufkommens der Juden noch viel höher sein. Aber auch von diesem Betrage wird durch „Abrundung“ ein Teil noch uns entzogen, trotz eindeutiger parlamentarischer Bewilligungsbeschlüsse, und ständig sucht man uns unser Recht, das man noch als solches bestreitet, weiter zu verkümmern. Es herrscht bei gewissen maßgeblichen Stellen den jüdischen Interessen gegenüber Willkür und Übelwollen. Einen Teil der Mißerfolge gegenüber den Behörden führt Referent auf die Minierarbeit des Halberstädter „Preußischen Landesverbandes gesetzestreuer Synagogengemeinden“ zurück, gegenüber dessen Darstellung im letztwöchigen „Israelitischen Familienblatt‘ er folgendes feststellt: Etwa 70 Gemeinden gehören beiden Verbänden an. Das ist ein Unding und verwirrt die Rechts- und Verbandslage nach innen und außen: Zahlreiche Doppelmitglieder stellen ihre jeweilige „Verbandstreue“ auf die Höhe der zu erwartenden Beihilfen ab, andere erschleichen doppelte Beihilfen und schaffen so eine Atmosphäre der Korruption, die nicht zu dulden ist. Schreiten wir ein, so macht man daraus in Verdrehung der Tatsachen „Mißbrauch von Staatsgeldern“, informiert in diesem Sinne die Behörden, während wir zum Besten aller gerade die Behörden überzeugen, daß die Verteilung der Beihilfen im jüdischen Interesse dem jüdischen Verbande als bestem Sachkenner verbleiben, eine andere Regelung als bevormundend und daher verbitternd wirken muß. Durch die Machenschaften ist das Gegenteil fast schon erreicht, ja die Staatshilfe beinahe ganz in Frage gestellt. Die Behörden sind der täglichen Querelen des anderen Verbandes überdrüßig, der intrigiert und petitioniert, auch die Vorarbeiten zum Judengesetz gefährdet, während wir Arbeit leisten und dem Gesamtjudentum dienen. Zu verurteilen ist auch die Einspannung der hessischen Vorsteherämter als staatlicher Einrichtungen für die Zwecke des Halberstädter Verbandes. Dieser verkehrt mit uns in einem unwürdigen Tone und verletzt schließlich nicht nur unsere, sondern auch die gesamtjüdischen Interessen.

Die Generaldebatte

In der den Referaten folgenden Generaldebatte tritt Frau Ollendorf (Breslau, lib.) für allgemeine Durchsetzung des Frauenwahlrechts ein, fordert in der jüdischen Erziehung stärkere Förderung religiösen Sinnes ohne Überschätzung der hebräischen Sprache und Übernahme der dem ganzen deutschen Judentum dienenden, bisher von der Berliner Gemeinde, dem Deutschisraelitischen Gemeinde-Bund und dem Preußischen Landesverband unterhaltenen Anstalten und Interessen durch den dringend notwendigen Reichsverband.

Dr. Kollenscher (V.P.) sieht im Landesverband in erster Reihe die Brücke zur Gesamtorganisation des deutschen Judentums und fordert einen Reichsverband, der allen Forderungen einer neuen jüdischen Zeit gerecht wird und die Wertung des Landesverbandes als „Körperschaft öffentlichen Rechts“ gemäß Art. 137 R.-V. Die bisherigen rein religiös geschiedenen Unterrichtsausschüsse (lib.-kons.) werden der Lagerung im deutschen Judentum nicht gerecht. Die Zionisten fordern einen eigenen Unterrichtsausschuß zur Förderung ihres eigenwertigen Erziehungsideals. Der Konflikt mit „Halberstadt“ darf die historische Berechtigung jener Sondergemeinden nicht verwischen. Heute allerdings verlangt die jüdische Lage die Einheit zur Aufrechterhaltung des jüdischen Lebens. Redner gedenkt der Leiden des russischen Judentums. Als größtes Aktivum des jüdischen Lebens in Deutschland im letzten Jahre wertet Kollenscher die Gründung der Jewish Agency unter maßgeblicher Beteiligung fast aller Kreise und die innerjüdische Friedenskundgebung des Rates vom 20. November 1929.

Rechtsanwalt Horowitz (kons.) zollt der Verbandsarbeit im ganzen Anerkennung und Dank, fordert eine jüdisch-pädagogische Akademie, Einstellung des Verbandes in die Arbeit für Sabbatschutz und wendet sich gegen die Bekämpfung von Doppelmitgliedschaft einiger Gemeinden. Der „Halberstädter Verband“ arbeitet ohne Zweifel an entscheidenden Stellen geschickter als unsere Verbandsleitung, und die Regierung tut alles, um nicht in den Verdacht des mangelnden Schutzes von Minoritäten zu kommen. Dem kann der große Verband, der sicher Größeres geschaffen, nur durch rückhaltlose Anerkennung des Lebensrechts der Minorität in den eigenen Reihen begegnen.

Geheimrat Dr. Julius Stern (Berlin) (Mittelp.) schildert die Auswirkungen der jüdischen Wirtschaftsnot auf die Mittel- und Kleingemeinden, besonders im deutschen Osten.

In der zweiten Redner-Reihe beschäftigt sich Frau Wronsky (V.P.) mit den sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes.

Rabbiner Dr. Freund (Hannover) (kons.) hält die Daseinsberechtigung und Leistungsfähigkeit des Verbandes als Arbeits- und Aussprachestätte nach innen und außen durch das bisher Geleistete für erwiesen.

Justizrat Brodnitz (lib.) erklärt sich die „Verbandsmüdigkeit“ nicht allein aus Scheu vor Opfern, sondern aus den unnötigen und abwegigen ideologischen Auseinandersetzungen. Redner bekämpft die Forderung nach einem zionistischen Unterrichtsausschuß als Verballhornung des Judentums und Kennzeichen für unsere unnatürlichen Parteiverhältnisse. — Jeder Ausländer hat das absolute Recht zur Teilnahme und Mitarbeit am religiösen Gemeindeleben. Die Erfüllung der vom Staat gesetzten Gemeindeaufgaben aber ist bedingt durch die Einordnung in den deutschen Kulturkreis.

Benzion Fett (Berlin) (V.P.) tritt als Ostjude den von Brodnitz aufgestellten Unterscheidungsmerkmalen bei der Bemessung der Ausländerrechte entgegen und polemisiert gegen den von Brodnitz geführten „Central-Verein“. Die Ostjuden wollen die Gemeindearbeit nicht stören, sondern beleben.

Ferner sprachen Sanitätsrat Dr. Peyser (lib.), Rechtsanwalt Heinrich Stern (lib.), Professor Dr. M. Sobernheim (Mittelpartei), Dr. Oskar Cohn (Poale Zion) und Ministerialrat Goslar (V.P.)

Nach Austausch persönlicher Bemerkungen ist die Generaldebatte beendet, und Dr. Ludwig Tietz (Berlin) (lib.) erstattet für den Haushaltausschuß Bericht: Er bittet um Genehmigung des Rechnungsabschlusses für 1928/29, der gegenüber dem Voranschlagvon 1 220 000 RM. einen Istbetrag von etwa 1 313 000 RM. aufweist. — Beim Voranschlag beantragt der Ausschuß Festhalten an den Gesamtsummen in Einnahmen und Ausgaben, jedoch einige Umgruppierungen im Betrage von etwa 35 000 RM. Bemerkenswert ist der Ausschußantrag, die Beihilfe für das Rabbinerseminar in Berlin im Gegensatz zu der für die „Hochschule“ und das Breslauer Seminar von 40 000 auf 15 000 RM. herab- und den Titel „Wohlfahrtspflege“ von 120 000 auf 150 000 RM. heraufzusetzen. Der erste Teil dieses Vorschlags stößt bei den Konservativen auf schärfsten Widerspruch.

Nach sechseinhalbstündiger Dauer schließt die Sitzung 19,30 Uhr.

B e r l i n, 1. April. (JTA.) Der Präsident der Landesversammlung, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Stern, eröffnet die zweite Sitzung des Verbandstages Montag vormittag kurz nach 10 Uhr. Dr. Ismar Freund, Vizepräsident des Rates, bringt die Vorlagen des Rates betreffend Änderungen der Verbandsverfassung und der Wahlordnung für Verbandstag und Rat ein. Diese Änderungsvorschläge sind mehr formaler Natur. Grundsätzlich bedeutsam sind mehrere Anträge aus dem Hause: 1. Abschaffung des Rates als „Oberhaus“ und seine Ersetzung durch eine vom Verbandstag abhängige kleine Exekutive, diese ergänzt durch einen Gemeindeausschuß (Volkspartei), 2. Errichtung eines dritten, zionistischen, Unterrichtsausschusses (Volkspartei), 3. Zusammenfassung aller nicht einen eigenen Wahlkreis für die Ratswahlen bildenden Gemeinden zu e i n e m Wahlkreise und Verhältniswahl in diesem Wahlkörper (Konservative), 4. eventuell: Zusammenfassung a l l e r Gemeinden zu e i n e m Wahlkreise für die Ratswahlen (Volkspartei). — Die letztgenannten beiden Anträge bezwecken die Sicherung der Rechte der Minorität, da in zahlreichen Wahlkreisen bzw. Gemeinden der Ratsvertreter der Natur des Wahlsystems nach stets der herrschenden Partei entnommen wird, 5. Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre (Volkspartei). Während ferner der Rat die Zahl der Berliner Verbandsabgeordneten auf 67 (gegen bisher 52) festgesetzt sehen will, beantragen die Liberalen Festsetzung der Zahl auf 58.

In der allgemeinen Aussprache begründet Dr. Epstein (Duisburg) die Anträge der Volkspartei. Dr. Bärwald (Frankfurt a. M.) (lib.) wendet sich entschieden gegen alle Pläne für die Gründung von jüdischen höheren Schulen, die er für keine positive Errungenschaft jüdischer Erziehung hält.

Rechtsanwalt Horowitz (Frankfurt a. M. (kons.) bekämpft den Antrag auf Errichtung eines besonderen zionistischen Unterrichtsausschusses. Auch Obermagistratsrat Dr. Neumann (Mittelp.) äußert gegen die Gründung des 3. Unterrichtsausschusses Bedenken.

In der Spezialberatung wird dieser Antrag abgelehnt, ebenso ein Ratsantrag, den Einleitungssatz zur Verfassung „Der Landesverband ist eine Religionsgesellschaft“ zu streichen, da nach Auffassung der Regierung „Religionsgesellschaften“ nur G e m e i n d e n sein könnten. Die Liberalen glaubten aber, die grundsätzliche Festlegung des Verbandscharakters in diesem Satz nicht aufgeben zu dürfen.

Die Anträge auf Umgestaltung des Rates werden abgelehnt, jedoch Verkleinerung des Rates gefordert. Zahlreiche kleinere Änderungen werden beschlossen, das Wahlalter wird auf 20 Jahre festgesetzt, Hierbei soll jedoch durch Übergangsbestimmungen die besondere Lage der Gemeinden, die zugleich mit dem Landesverbande wählen werden (Berlin, Breslau) und 21 Jahre als Wahlalter haben, berücksichtigt werden. Die Berliner Ratsmitglieder Kareski und Dr. Klee stellen in Aussicht, sich bei den Gemeindekörperschaften für die Herabsetzung des Wahlalters auch bei den Repräsentantenwahlen schon dieses Jahr einsetzen zu wollen. Scharfe Auseinandersetzungen knüpfen sich zunächst an den Antrag der Liberalen, die Zahl der Berliner Verbandstagsabgeordneten auf 58 festzusetzen: die Grundzahl soll 3000 sein, und die Liberalen knüpfen an die letzte Volkszählung an, die eine Berliner Judenzahl von etwa 170 000 ergeben hat. Hiergegen wendet sich Dr. Freund, der Beweis dafür antritt, daß die Berliner Gemeinde bei unstreitig 130 000 Zensiten zumindest 200 000 Seelen zähle, also 67 Sitze zu beanspruchen habe. Nach längerer Debatte darüber, ob amtliche oder Gemeindestatistiken und welchem zeitlichen Verhältnis sie zugrunde zu legen seien, einigen sich alle Parteien auf die Zahl von 63 Berliner Abgeordneten. Ein Antrag, die Zugehörigkeit von Gemeinden zu beiden Landesverbänden zu unterbinden, findet Annahme, nachdem ihn Rechtsanwalt Horowitz (kons.) als Ausfluß eines Ressentiments und Eintagsstimmungen und als sachlich unbegründet bekämpft hat. Die Mindestzahl für einen Ratswahlkreis wird auf 15 000 Seelen festgesetzt und endlich der Rat ermächtigt, die Wahlprüfungsordnung für den Verbandstag alsbald in Kraft zu setzen, um unliebsame Zwischenfälle wie nach den letzten Berliner Gemeindewahlen zu verhüten.

Der Gesamtkomplex aller Verfassungs- und Wahlordnungsänderungen wird nunmehr in der Schlußabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Vor der Weiterberatung gibt Dr. Möller (Altona) (kons.) eine Erklärung ab: Nach Einholung von Informationen stelle er fest, daß sich der „Halberstädter Verband“ habe brüskiert fühlen dürfen. Denn man habe ihm seinerzeit einerseits erklärt, man sehe im Rat kaum noch Differenzpunkte betreffend das Judengesetz, andererseits aber im gleichen Brief die Einreichung des eigenen Entwurfs an die Regierung angezeigt, und zwar in einer Form, die als Hohn empfunden werden mußte. Trotz der auf beiden Seiten begangenen Fehler müßten sich die Verbände verständigen, vor allem der „große Bruder“ auch die persönlichen Garantien für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten schaffen. Die Erschleichung von Doppelbeihilfen durch Doppelmitgliedschaft habe ihm erst heute die Leitung des anderen Verbandes selbst als unsittlich und bekämpfenswert bezeichnet. Man wünsche auch dort nicht Geldverteilungen durch die Behörden selbst.

Dr. Ismar Freund hält dem entgegen, daß der Schwerpunkt bei den Staatsbeihilfen liege. Hier habe der Halberstädter Verband nach der Seelenzahl höchstens drei Prozent zu beanspruchen, sich aber durch allerlei Maßnahmen ein Vielfaches hiervon zu sichern verstanden. Trotzdem habe er jetzt unseren Verband wegen ungerechter Verteilung denunziert und so die Gefahr der Übernahme

der Verteilung durch den Staat selbst oder gar einer Verstopfung dieser lebensnotwendigen Hilfsquelle überhaupt heraufbeschworen, natürlich, ohne es zu beabsichtigen.

Annahme des Etats

Dr. Tietz (Berlin) (lib.) erstattet nochmals Bericht für den Haushaltsausschuß. Der Ausschuß hat bei dem Titel „Theologische Bildungsanstalten" die Position „Rabbiner-Seminar Berlin" jetzt auf 30 000 RM. festzusetzen beantragt (Ratsvorlage: 40 000 RM.; 1. Ausschußantrag: 15 000 RM.).

Bei Behandlung des Kapitels „Theologische Bildungsanstalten" ersucht Rabbiner Dr. Rosenthal (Köln) (kons.) um Herstellung der Parität des Berliner Rabbinerseminars mit der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin und dem Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau (je 40 000 RM.). Dr. Seligsohn (lib.) erklärt, der Halberstädter Verband habe ein starkes Interesse an dem Berliner Rabbinerseminar und müsse zur Beisteuer herangezogen werden. Obermagistratsrat Neumann (Mittelp.) fordert Gerechtigkeit und Parität für das Berliner Rabbinerseminar. Dr. Kollenscher (Volksp.) führte aus, der Halberstädter Verband müsse sich seiner Pflicht gegen das Seminar erinnern und mindestens 10 000 RM. beisteuern. Dr. Horowitz (kons.) führt aus, der Halberstädter Verband betrachtet nicht das Berliner Seminar als seiner Richtung zugehörig; das Seminar hat nur Anspruch an den Landesverband. Bei der Abstimmung wird mit großer Mehrheit beschlossen, für das Berliner Rabbinerseminar 30 000 RM. einzustellen. Fast einstimmig wird der Antrag Kollenscher angenommen, dem Seminar eine Nachbewilligung von 10 000 RM. zu gewähren, wenn auch der Halberstädter Verband seiner Pflicht gegen das Seminar Genüge tut.

Beim Kapitel „Wohlfahrtspflege" (Antrag des Ausschusses, die Gesamtziffer von 120 000 auf 140 000 RM. heraufzusetzen) wendet sich Alfred Berger gegen den Frauenbund und seine Führerin Berta Pappenheim, die einseitig politisch (antizionistisch) eingestellt sind. Er kritisiert besonders die Haltung von Frau Berta Pappenheim in der Bekämpfung des Mädchenhandels, aus der man den Eindruck gewinnen könne, daß Juden eine besondere Rolle im Mädchenhandel spielen. Für diese Meinung besteht keinerlei Beweis und sie ist auch vollkommen ungerechtfertigt. Frau Schönwald (Bochum, lib.): Frau Pappenheim leistet Syphusarbeit und vertritt nicht einen einseitigen Standpunkt, sondern sie fordert, Offenlegung der Akten des Völkerbundes, um die gegen das Judentum in Verbindung mit dem Mädchenhandel erhobenen Verleumdungen widerlegen zu können.

Der Gesamtetat, dessen ursprüngliche Ziffer von 1 201 000 RM. um einen verhältnismäßig nicht großen Betrag überschritten ist, wird angenommen, ebenso die Umlagequote für die Gemeinden.

Judengesetz und Wirtschaftsnot der deutschen Juden

Zum Punkt „Judengesetz" berichtet Kammergerichtsrat Wolff für den Rat über den Distanzenweg, den dieses Gesetz genommen hat, und teilt mit, daß der neue Unterrichtsminister, Herr Grimme, beschleunigte Behandlung versprochen hat. Er empfiehlt, mit Tatkraft und Energie die Sache weiter zu verfolgen, doch nicht an den Landtag zu appellieren, was die Sache nicht fördern würde, da den Abgeordneten die Sachkenntnis mangelt. Die Regierung wird mit sich reden lassen, auch mit dem Halberstädter Verband werde man in Frieden verhandeln müssen. Wir jedenfalls haben alles getan, um zu einer friedlichen Regelung zu gelangen.

Heinrich Stern (lib.) gibt der Entrüstung des Verbandstages Ausdruck, daß der einhellig beschlossene Judengesetzentwurf noch nicht Gesetz geworden ist, daß dem einheitlichen Willen des preußischen Judentums bürokratische Bedenken entgegengebracht werden.

Dr. Sandler (Volksp.): Wir bleiben bei unserem alten Beschluß und sind gegen jeden neuen Entwurf. Es ist zweifellos, daß auch jüdische Einflüsse auf die Haltung der Regierung eingewirkt haben, einerseits ausländerfeindliche liberale Gemeinden, die den Ostjuden das Wahlrecht nicht geben wollen (Rufe bei den Liberalen: „Namen nennen"), anderseits der Trennungsorthodoxie, die Interesse daran hat, daß Austrittsfreiheit bestehe. Darauf läuft ja auch der Entwurf des Halberstädter Landesverbandes hinaus. Der Steuerflucht soll Tür und Tor geöffnet werden, und einzelnen Gemeindemitgliedern wird die Handhabe gegeben, einen Druck auf die Gemeindeverwaltung durch Austrittsdrohung auszuüben. Die Zwangszugehörigkeit der Gemeinde zu einem Verbande muß bleiben, sonst wird der Verband illusorisch. Gemeinden drohen mit Austritt, wenn der Rat ihnen den Rat erteilt, den Ostjuden das Wahlrecht nicht vorzuenthalten, oder irgendeinen anderen Rat erteilt. 97 bis 98 Prozent aller preußischen Juden haben durch ihre Vertreter kundgegeben, daß im Wahlrecht ein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern nicht bestehen solle. Aber bei manchen Gemeinden ist die Neigung zur Entrechtung von Ausländern gestiegen. Die christlichen Kirchen machen keinen Unterschied zwischen In- und Ausländern; dies bleibt Kreisen vorbehalten, denen das Religionsgesetz die Gleichheit vorschreibt. Mit Halberstadt ergaben sich bei der Verhandlung über die verschiedenen Entwürfe noch tiefgehende Differenzen. Wir sind es, die den Klal vertreten. Der Erlaß des früheren Kultusministers gegen das Ausländerwahlrecht war eine Folge von Anfragen seitens ausländerfeindlicher Gemeinden. Während nach dem alten Judengesetz die Ausländer in ihren Rechten geschützt waren, hat der frühere Minister die Gemeinden ermutigt, auf Grund des § 137 der Reichsverfassung, der den Gemeinden Autonomie gewährt, Juden zu entrechten.

Es wird schließlich mit den Stimmen der Liberalen beschlossen, den Rat zu ersuchen, die Regierung auf die Dringlichkeit des Judengesetzes hinzuweisen und sie aufzufordern, ihrerseits dem Verbande einen Entwurf zur Beratung vorzulegen.

In Anbetracht der vorgerückten Stunde sieht der Verbandstag von einer Erörterung des Antrages der Jüdischen Volkspartei, eine Aussprache über „Die wirtschaftliche Not der deutschen Juden" herbeizuführen und eine Wirtschaftskonferenz der deutschen Juden, wie sie von der Berliner Gemeinde schon mehrfach in Aussicht gestellt ist, zustandekommen zu lassen, ab.

Um 9 Uhr abends ging die Tagung zu Ende.

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

7. Fortsetzung

„Für wen soll ich eigentlich kämpfen, Panie Alter? Für Sikorski oder für Wroblewski? Sie quälen mich bis aufs Blut, bis aufs Blut quälen sie mich! Gestern erst, wie ich nach Hause komme — ich wohne ja im Emigrantenheim — da steht Wein auf dem Tisch, Wurst daneben, und man macht sich einen guten Tag ... Sie haben mich eingeladen. Ablehnen, das geht nicht, schließlich sind es ja doch Hausnachbarn! Ohnehin reden sie immer: die Juden schämen sich unser! So nehme ich ein Glas Wein, esse dazu ein Stück Wurst und der Magen dreht sich mir schier um! Ich bin nicht fromm, Panie Alter, aber Schwein bleibt Schwein, selbst in Paris! Und wie die Gojim voll waren, da haben sie sich sofort an mich gemacht, mich gezwungen ‚Mah-jufeß' zu singen ... Kurz, es ging so weit, daß Sikorski und Wroblewski mit geladenem Revolver auf mich losgegangen sind und mich gezwungen haben — es ist eine Schande es zu sagen — mich gezwungen haben, ihnen von meiner Hochzeit zu erzählen, Sie wissen ja, was ich meine ... In ihren trunkenen Augen sah ich, daß mein Leben an einem Haar hing, daß die Mörder jeden Augenblick schießen konnten; so erzählte ich natürlich die tollsten Dinge. Und mußte zusehen, wie die Trunkenbolde beinahe erstickten vor Lachen. Da überkam mich plötzlich so ein so unsägliches Elend, und ich schluchzte wie ein Kind. Mitten in der Nacht rannte ich auf die Straße und schwor mir zu, mein Fuß würde nie wieder dieses Haus betreten ... Nun, Herr Alter," — auf Blums Lippen stand leichter Schaum — „soll ich heimfahren, um zu kämpfen?"

Mordechai antwortete nicht sogleich. Ein Schleier riß vor seinem inneren Auge; er sah: die Häßlichkeit aus Blums Gesicht war verschwunden, hatten sich in den Falten des Gesichtes versteckt, und aus den Augen leuchtete der „göttliche Funke".

„Nicht alle Polen sind so, Blum!"

„Alle!"

„Nicht alle, nein! Und mit solchen Säufern dürfen Sie nicht wohnen!"

„Wo soll ich denn wohnen? Ich habe doch kein Geld! Ich war ja glücklich, daß sie mich aufgenommen haben! Jetzt aber darf mein Fuß ihre Schwelle nicht mehr betreten. Hätte ich einen Franken, so würde ich im Weinkeller übernachten ..."

Mordechai gab ihm den Franken; er sah, wie die Häßlichkeit wieder aus den Falten hervorkroch, sich über das Gesicht breitete und den „Funken" in den Augen verlöschte; eine Jammergestalt verschwand in der Dunkelheit.

Eine Kirchturmuhr schlug Zwölf. Die Nacht zog Mordechai in ihren Bann; er wollte in ihr untertauchen, fern den Menschen, dort, wo die Welt weit und frei, so frei, daß die Liebe zum Gefährten erwacht ...

Pariser Nächte

Mordechai überquerte die Place du Marche; tiefe Stille wie auf dem Dorf umfing ihn. Bei St. Cathérine kamen ihm ein älterer Mann und ein junges Mädchen entgegen; der Mann hob das Mädchen wie ein Kind auf seine Arme und verschwand mit ihr in einem Hausflur. Mordechai sah dem Paare nach und betrachtete das schmale, farblose Haus, das wie von Regen und Rauch vollgesogen aussah. Auf der roten, rauchgeschwärzten Laterne über dem Eingang las er „Hôtel côte d'or" und übersetzte sich: „Goldküste".

Er kam auf den Boulevard St. Germain. Pärchen wandelten auf und ab, als hätte der Abend erst begonnen. In Mordechai erwuchs ein neugieriges Interesse an den Menschen, die da spazierengingen. Während er das Lächeln einer Frau auffing, wunderte er sich, daß er sich unter Bekannten stets unbehaglich, unter Fremden aber wohlfühlte, und in der letzten Zeit am liebsten allein war. Er atmete das nächtliche Rauschen ein, das von den Boulevards, von den dunklen Gassen und den noch dunkleren Kirchen drang, und war überzeugt, die stummen Gotteshäuser, deren Turmspitzen in die Wolken reichten, führten nächtlicherweile Zwiesprache in ihrer Zunge. Bei solchen Wanderungen horchte Mordechai dem Takt eines inneren Rhythmus, der in ihm sang. Je mehr er in Paris umherstreifte,

desto lieber wurden ihm die Straßen. In den kühlen Nächten, da es zu kalt war, auf den Treppen zu schlafen, wanderte er von Gasse zu Gasse; er lernte einen Polizisten am Schritt erkennen, vermochte nach dem Geruch zu unterscheiden, ob ein Bäcker Feinbrot oder Semmeln buk, und wußte bald genau, zu welcher Stunde am Morgen jeder Laden geöffnet wurde.

Seine Gedanken beschäftigten sich mit den Pariser Nächten. Einsam durchziehst du eine stumme Welt von Häusern und Schatten, durchwanderst die Stadt, an den Türmen von Notre-Dame vorüber, an der Kuppel des Panthéons, am Schloß. Die stummen Steine erzählen von Ludwig IX., der den Befehl gab, sämtliche Talmudexemplare in Frankreich zu sammeln und sie auf dem Platze, wo du, Mordechai, jetzt stehst, zu verbrennen.

Um die Gebäude schleichen Schatten. Mordechai sieht sich um, ob wirklich die Dominikaner aus dem Schlosse treten.

Niemand ist zu sehen. Die Wachtposten schreiten gemessen mit geschultertem Gewehr auf und ab, die alten Bäume schaukeln ächzend ihre nackten Äste, und zwischen den Flügeln des Schlosses tönt ein leises Pfeifen; geben die stummen Steine, die um alles wissen und zu allem schweigen, ein geheimes Warnungszeichen? ... Eine kleine Tür öffnet sich; der Täufling Dunin tritt heraus, hinter ihm ein Zug Dominikaner. Der Täufling besiegt den letzten der Talmuderklärer, den eisgrauen Reb Jechiel. Aus dem Dunkel der Mauern kommen blutüberströmt Juden gelaufen und schreien mit Stimmen, die nichts Menschliches mehr haben. Mit wilder Freude jagt der Mob ihnen nach und zwingt sie zuzusehen, wie die Talmudbücher verbrannt werden. Auf demselben Platze, wo die Feinde des Maimonides seinen „Führer der Irrenden" verbrennen ließen, wo die Asche des Autodafés noch glühte — dort gehen Tausende von Talmudfolianten im Feuer auf, die glühenden Buchstaben hüllen die Stadt in Flammen und klagen — das ist die Thora und das ist ihr Lohn! Sie können nicht ertragen, wie Gottes Wort geschändet wird, und wollen die Stadt vom Erdboden tilgen; da ertönt eine Himmelsstimme: Das ist meine Vergeltung an meinen Kindern, Maß für Maß! Nicht um euretwillen werden ich das Haus Israel bauen, sondern um meines heiligen Namens willen, den ihr schändet, wohin euer Fuß tritt!

Und in die Himmelsstimme, in das Schreien dringt der Singsang der Jeschiwah, wo der eisgraue Reb Jechiel mit seinen vielen hundert Schülern den Talmud studiert, auswendig, ohne Bücher, das heilige Feuer nährend für die folgenden Geschlechter.

Die mächtigen alten Bauten sind seit Jahrhunderten mit Blut vollgesogen, bergen in sich den Jammer der gemarterten Juden ...

Von der Seine her tönte ein langer, heiserer Schrei, ähnlich dem einer Möwe. Mordechai beschleunigte seine Schritte; er merkte, daß die Vorübergehenden ihm ängstlich auswichen — und er hatte doch so starke, tiefe Sehnsucht nach einem Menschen! Seine Schritte versanken in der Finsternis. Es wurde so still, als hätte der letzte Mensch, dem Mordechai begegnet war, ihn ganz allein in der Riesenstadt eingeschlossen.

Wo bin ich? Was tue ich hier? Ich streife umher zwischen Schatten, mache beschwörende Gesten und meine, Menschen vor mir zu sehen, mit ihnen zu sprechen, ihnen Befehle zu geben. Die hunderttausend stummen Häuser mit ihren Schatten, was wissen sie von mir? Wer braucht mich?

Niemand! Niemand! ...

Aus der Finsternis tauchte das tränenbetaute Gesicht seiner Mutter: Sohn, kehre heim und tue Buße! Und über allem schwebte Felicias' strahlendes Antlitz wie eine glühende Sonne über einer niedergemetzelten Stadt ...

Mordechai zitterte und biß sich die Lippen wund. Eisige Kälte durchfuhr ihn, und er fror bis ins Mark. Nur wenn er einem von seinesgleichen begegnete, auch wenn er ihn zum ersten Male traf, da wurde ihm warm, als sähe er einen alten Bekannten. Tabak und Essen wurden geteilt, man schüttete einander das Herz aus und schied wieder ...

In einer solchen Nacht hatte Mordechai Cécile getroffen, ein krankes Mädchen mit schmalen Kinderschultern. Wo sie wohl jetzt sein mochte? ...

Eine Polizeipatrouille schlich vorsichtig aus einer Seitengasse und verteilte sich im Halbkreis über die Boulevards. Eine wilde Jagd begann. Von allen Seiten kamen Straßenmädchen gelaufen, denen es nicht gestattet war, nach zwölf Uhr ohne männliche Begleitung spazierenzugehen, und suchten Schutz vor der drohenden Gefahr. Ehe sich's Mordechai versah, umringten ihn einige Mädchen, faßten ihn einfach unter, schmiegten sich an ihn und baten, er möge ihnen helfen und dem Polizisten, wenn er sie anhielte, sagen, sie seien Bekannte, oh, der Herr ist so gut, mon cher!

Fortsetzung folgt.

Jüdische Veranstaltungen

Purimfeier des Esra

Am 9. März fand im Theatersaal an der Reitmorstraße die Purimfeier der Münchener Esragruppe statt. Dieselbe bestand aus mehreren Aufführungen der Kinder im Alter von 8 bis 15 Jahren, aus den musikalischen Darbietungen des Jüdischen Kammerorchesters unter Leitung von Heinrich Lamm und einer von den älteren Esräern, insbesondere auch Studenten, dargestellten Groteske. Das Kammerorchester brachte die Mozart-Serenade für zwei Orchester mit Schwung und Anmut zu Gehör. Für die im Laufe des Abends weiter gespielten Schönbrunner Walzer von Lanner fehlt es der jungen Vereinigung noch an dem nötigen Zusammenspiel und der erforderlichen straffen Rhythmik. Die Aufführungen der Jugendlichen litten vor allem darunter, daß man bei einer Purimfeier, besonders im Esra, eigentlich jüdische Stoffe und Themen erwartete. Die einzige Nummer dieser Art war „Daniel in der Löwengrube" von dem bekannten Dichter Bernhard Kohn; aber gerade hier hat die Leitung des Esra insofern gefehlt, als bei einer gesprochenen Pantomime die Rolle des Vorlesers unbedingt einem bewanderten erwachsenen Rezitator hätte anvertraut werden müssen. Man hatte überdies bei der Aufführung der Kinder (vielleicht mit Ausnahme des gutgespielten Schwankes „Iohann als Rentier") den Eindruck, daß die Esraleitung nur dem Wunsche der Eltern, ihre Kinder beschäftigt zu sehen, nachgegeben hatte, ohne an die berechtigten Anforderungen eines erwachsenen und einigermaßen anspruchsvollen Publikums zu denken. Die Jüdische Volksschule hatte bei ihrer Chanukah-Feier durch Einstellung der Aufführung auf die Psyche der Kinder eine weit glücklichere Hand. Immerhin sei hervorgehoben, daß die zum Teil sehr hübschen Kostüme mit allergeringsten Mitteln sehr geschickt von der Führerschaft selbst zusammengestellt waren.

Der Clou des Abends und eine wirkliche Prachtleistung war die von den Esraführern und älteren Mitgliedern gespielte Groteske „Der Dreigroschendybuk" (Verfasser Adolf Rotter, Vertonung: Heinrich Lamm). Es war dies eine ungemein geschickte, oberbayerisch-hebräische Parodie der Habimahstücke im Stil der Dreigroschenoper, deren Melodien zum Teil auch verwendet waren. Bunt durcheinander wirbelten die Motive aus dem Dybuk, Golem und Schatz mit den dazu gehörigen Bühnenbildern. Die bekannten Rollen aus den genannten Stücken fanden eine glänzende burlesk-parodistische Wiedergabe, wobei sich ganz besonders der Verfasser, Adolf Rotter als Chanan und in ganz hervorragender Weise auch stud. med. Pfeifer als Golem auszeichneten. Aber auch die anderen Spieler taten das Möglichste, um das Werk zum Gelingen zu bringen. Die Kostümierung war durchaus stilecht und auch hier mit den geringsten Mitteln beschafft. Die charakteristische Musik von H. Lamm tat das übrige, um den satyrisch-mystischen Eindruck zu erhöhen. Erwähnt sei ausdrücklich die besondere Leistung des Haarkünstlers (Firma König & Schatz). Alles in allem ein wirklich großer Erfolg. Es wäre dringend erwünscht, wenn durch eine Wiederholung auch anderen jüdischen Kreisen Gelegenheit gegeben wäre, sich an Stück, Musik und den schauspielerischen Leistungen dieses Ensembles zu ergötzen. Schließlich sei mit Genugtuung erwähnt, daß die Aufführung auch den gewünschten finanziellen Erfolg erzielte, indem ein beträchtlicher Betrag der Ferienkasse für einen Sommeraufenthalt des Esra im Gebirge zugeführt werden konnte. Hervorgehoben sei noch, daß der Esra unter der Führerschaft von A. Rotter, S. Stolberg und den Studenten Pfeifer und Rosenzweig, wie wir zu unserer Freude hören, wertvolle Jugendarbeit leistet.

E. F.

Die bildende Kunst am Sederabend

Im Rahmen der von den Lehrkursen der Israelitischen Kultusgemeinde veranstalteten Vortragsreihe über Sederabend und Pessachhaggadah sprach am Donnerstag, dem 20. März, im Saale des Kunstgewerbehauses Herr Theo Harburger über die bildende Kunst am Sederabend. Was der Sederabend im jüdischen Jahr bedeutet, ist bekannt; etwas von dem unsagbaren Reiz dieser häuslichen Feier vermittelte auch dieser Lichtbildervortrag, der zwar nicht vom Auszug aus Mizraim und dem Inhalt der Haggadah, dagegen um so mehr von dem erzählte, wie die Haggadah auf Herz und Phantasie jüdischer Künstler des Mittelalters und der Neuzeit gewirkt hat und welche Leistungen jüdischer Kunst mit dem Sederabend verknüpft sind. Von Haggadah jeder Art, jeden Alters und mancherlei Herkunft wurden instruktive Bilder vorgeführt: Die „Haggadah von Se-

rajewo“ spanischer Herkunft aus der Mitte des 14. Jahrhunderts, eine Darmstädter Haggadah aus der gleichen Zeit (wahrscheinlich von einem nichtjüdischen Künstler), die ganz besonders phantastisch ausgeschmückte Haggadah im Siddurmanuskript der Berliner Staatsbibliothek, Haggadoth aus dem Germanischen Museum in Nürnberg und der Münchener Staatsbibliothek, die gedruckten Haggadoth (unter ihnen die Prager Holzschnitthaggadah, die Amsterdamer Haggadah) sie alle wurden in ihren wesentlichen Eigenheiten charakterisiert, was im Zusammenhang einen interessanten Einblick in die Vorstellungswelt und das Leben des mittelalterlichen Judentums eröffnete. Moderne Haggadoth sind weniger als Abbild jüdischen Lebens der Gegenwart als für das Schaffen der betreffenden jüdischen Künstler bedeutsam; von ihnen machten wohl den stärksten Eindruck Bilder aus der Budkoschen, jedoch auch Kredel, Steinhardt, Fechenbach haben in ihren Schöpfungen manchen Zug und manche Schönheit des Sederabends eingefangen. Wenn auch zweifellos die Illustrationen zur Haggadah die wichtigsten künstlerischen Gestaltungen sind, mit denen der Sederabend in Berührung bringt, so sind sie doch nicht die einzigen. Und so zeigte und charakterisierte der Vortrag denn auch noch eine Reihe schöner Sederplatten, Gefäße, Becher, Trinkgläser; als größte Merkwürdigkeit darf wohl das Mittelstück eines gotischen Meßgewands gelten, das als Sederhandtuch benutzt wurde. Der Referent konnte für seine Ausführungen reichen Beifall des allerdings nicht sehr zahlreich erschienenen Publikums hinnehmen.

Ein jüdischer Revolutionär

In zwei außerordentlich interessanten, vom Jüdischen Kulturverein J. L. Perez veranstalteten Vorträgen setzte sich Herr D. J. Steinberg, über dessen nicht alltäglichen Werdegang die Leser des „Jüdischen Echos“ ja bereits unterrichtet sind, mit einer Fülle von jüdischen und allgemein menschlichen, besonders sozialethischen Problemen auseinander. Der Grundgedanke seines ersten Vortrages über „Das Pintele Jid und das Pintele Mensch“ war wohl der, daß Ideen ewig seien, Völker aber kommen und gehen und daß daher eine rein jüdisch orientierte Fragestellung in keinem der heute aktuellen Probleme, seien es nun solche territorialer, organisatorischer, sprachlich-kultureller oder religiöser Natur, genügen könne: notwendig sei das Bewußtsein, daß das Judentum innerhalb der Völker eine ideelle historische Aufgabe habe und aus diesem Bewußtsein müsse die erlösende moralische Tat kommen.

Der zweite Vortrag behandelte das Thema „Politik und Moral“. Steinberg wandte sich gegen die heute allgemein übliche Auffassung, daß man beide nicht in Übereinstimmung zu bringen brauche, deren Entstehung einerseits auf die Positivisten und die Marxisten, anderseits auf die philosophischen Idealisten zurückzuführen sei; er beschäftigte sich besonders eingehend mit der Sozialdemokratie, die er wegen des mangelnden Willens zur Durchsetzung ihrer Ziele und ihrer bürgerlichen Gesinnung und mit dem Bolschewismus, den er wegen seines Terrorismus und seiner falschen Einstellung zur menschlichen Freiheit kritisierte; er verlangt einen ethischen Maximalismus; der jüdische Sozialismus müsse seiner Art und seinem Inhalt nach revolutionär und messianisch sein; die doppelte Teilung reformistisch-revolutionär, zionistisch-antizionistisch müsse er in diesem Sinne überwinden, und dann könne er uns aus dem heutigen Zustand einer unmoralischen Politik und einer unpolitischen Moral hinausführen.

Steinberg ist zweifellos ein anregender Denker, ein ausgezeichneter Redner, sowohl jiddisch wie deutsch, und ein sympathischer Mensch — seine Gedanken jedoch, wie sie hier kurz nachzuzeichnen versucht wurden — scheinen in vielem konstruiert. Mit der Kritik des historischen Materialismus dürfte er es sich viel zu leicht gemacht haben; einer entscheidenderen Auseinandersetzung ist er aus dem Wege gegangen — er hat sie auf das lediglich geschichtsphilosophische Gebiet verschoben, wo bekanntlich alles geglaubt, aber wenig bewiesen werden kann.

Ein Jubiläum

Die Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth konnte am 23. März die Feier ihres 25jährigen Bestehens begehen. Ein ganz kleiner Kreis von Menschen hatte sich vor 25 Jahren auf die Initiative und unter der Führung unseres Gesinnungsgenossen Dr. Bloede (Hamburg) zusammengefunden und im Café Kurländer in Fürth eine zionistische Ortsgruppe gegründet.

Wir hatten die Freude, eine ganze Reihe dieser Gründungsmitglieder an unserem Abend begrüßen zu dürfen. Neben Herrn Dr. Bloede waren die Gesinnungsgenossen Leon Friedmann, Josef Fischer, Salomon Heinemann, Emil Oberndörfer und David Schönberg unserer Einladung gefolgt. Die Ortsgruppe hatte es sich nicht nehmen lassen, sie aus Anlaß des Jubiläums noch besonders durch Eintragung in das Goldene Buch des Keren Kajemeth zu ehren. Zu dem Festakt waren neben einer überaus großen Zahl von Mitgliedern eine Reihe von Festgästen erschienen, die nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Dr. Liebstädter, ihre Glückwünsche darbrachten. Herr Dr. Bamberger, der im Namen der Israelitischen Kultusgemeinde sprach, betonte die guten persönlichen Beziehungen, die seit langem zwischen Kultusgemeinde und Ortsgruppe bestanden haben und wies mit Recht darauf hin, daß auch in sachlicher Beziehung sich so manches geändert habe, wie sich in der Frage des Keren-Hajessod und bei Unterstützung der Hebräischen Sprachschule gezeigt habe. Nach ihm ergriff Herr Rabbiner Dr. Heilbronn das Wort, um im Namen des Rabbinats seine Glückwünsche auszusprechen. Ihm folgten Vertreter der Logen, des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten, des Gesamtausschusses der Ostjuden und der Ortsgruppen. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland hatte es sich nicht nehmen lassen, zu dem Fest einen besonderen Delegierten in der Person des Herrn Karl Glaser zu entsenden.

In seiner Festrede über: „Die jüdische Jugend in den letzten 50 Jahren“ führte Herr Dr. Bloede aus, daß gerade in diesen letzten 50 Jahren die jüdische Jugend die Möglichkeit gehabt habe, sich zu entfalten, eine Jugend, die man vorher ängstlich versteckt und ignoriert hat. Großartig und vielfältig sind die Leistungen dieser Jugend und nicht zuletzt ist es die zionistische Idee gewesen, die von ihren Anfängen an die jüdische Jugend angezogen und in ihren Reihen gesehen hat. Wir danken Herrn Dr. Bloede auch an dieser Stelle nicht nur für sein Kommen, sondern ganz besonders für diese, auch rethorisch glänzende Festrede. An sie schloß sich die Ehrung der seit Gründung der Ortsgruppe verstorbenen Gesinnungsgenossen an, deren Herr Dr. Meinhold Nußbaum mit warmen Worten gedachte. Der offizielle Teil war von hebräischen Chören umrahmt, die Herr Kantor Kaufmann mit den Schülern der Hebräischen Sprachschule in dankenswerter Weise einstudiert hatte. Fr. Elisabeth Berger (Dresden) brachte hebräische und jiddische Lieder mit innigem Ausdruck und hervorragend geschulter Stimme zum Vortrag. Ihr, wie auch Frl. Klara Pfrid und Frau Benjamin-Gutmann, die das Violinsolo „Niggun aus Baalschem“ von Ernest Bloch in vollendeter Weise zu Gehör brachten, gebührt neben Herrn Kantor Kaufmann unser besonderer Dank.

Dem Festakt, der mit der Hatikwah schloß, folgte das Festbankett mit zahlreichen Reden und der Verlesung vieler Begrüßungsschreiben, insbesondere auch unserer Freunde in Palästina. Unter der launigen Conference von Herrn Rechtsanwalt Feilchenfeld folgte das sehr umfangreiche Kabarett, in dem unser hebräischer Lehrer, Sch. Schalom, mit ganz besonderen Leistungen brillierte.

In dem Gefühl der Zusammengehörigkeit und in dem Bewußtsein, daß die Erfolge von 25 Jahren nur ein Ansporn zu weiterer und umfassender Tätigkeit im Sinne der zionistischen Idee sein werden, trennte man sich erst lange nach Mitternacht.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde München. Donnerstag, 10. April, 20.15 Uhr: Kunstgewerbehaus, Pfandhausstraße 7. Sseder-Abend und Pessach-Haggadah. 3. Abend. Rabbiner Dr. Finkelscherer: „Der Ritus des Sseder-Abends.“ Siehe auch das Inserat in dieser Nummer.

Hebräische Sprachkurse München. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der hebräische Unterricht der Kinderkurse während der Ferien, vom 11. April bis 1. Mai, ausfällt. Wiederbeginn: Dienstag, den 1. Mai. Der Unterricht in den übrigen Kursen fällt wegen der Pessach-Tage vom 11. bis 22. April aus. Wiederbeginn: Dienstag, den 22. April.

Nach Pessach beginnt ein neuer Grammatikkurs. Interessenten werden gebeten, sich im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1, Telephon 2 97 4 49, anzumelden.

Jüdischer Gesangverein E. V. München. Auf Einladung des Jüdischen Frauenvereins Augsburg gab der Jüdische Gesangverein München am Sonntag, dem 16. März, in der dortigen Synagoge ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten erholungsbedürftiger Augsburger Gemeindemitglieder. Als Solisten wirkten mit Frau Sonja Ziegler (Sopran), Gertrude Masser (Violine), Herr Oberkantor Heymann (Augsburg, Bariton), Oberkantor M. Neu (München, Bariton), M. Neuburger (Augsburg, Tenor), an der Orgel Herr M. Frei (Augsburg). Das Konzert fand bei Publikum und Presse großen Beifall und konnte auch für den Jüdischen Frauenverein Augsburg einen materiellen Erfolg aufweisen.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Der für heute, Samstag, den 5. April, vorgesehene Vortrag des Herrn Dr. Percikowitsch fällt aus. Statt dessen findet um 20.30 Uhr im Lessingsaal eine Mitgliederversammlung statt.

Der Gesamtausschuß der Ostjuden gibt bekannt, daß die Pessachverteilung am Sonntag, dem 6. bis Mittwoch, dem 9. April, von 3 bis 4 Uhr, in der Reichenbachstraße 27 stattfindet.

Verein Bes Jakob gratuliert Herrn und Frau Saposchnik zur Verlobung ihres Sohnes 1.—. Familie M. Fleischer gratuliert Herrn und Frau Saposchnik zur Verlobung ihres Sohnes 1.—. Familie Gidalewitsch gratuliert Herrn und Frau Saposchnik zur Verlobung ihres Sohnes und Familie Landau zur Barmizwah ihres Sohnes 2 RM.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Das Training ist in vollem Gange. Leider vermissen wir noch einige Aktive. Es ist in Anbetracht der kommenden Leichtathletik- und Handballkämpfe unbedingte Pflicht, regelmäßig am Turnboden zu erscheinen. Jeden Mittwoch von 7.45 Uhr bis 8.30 Uhr findet in der Turnhalle des Turnvereins „Jahn“, Widenmayerstraße, ein Spezialtraining der ersten Handballmannschaft statt, anschließend das Training für alle Leichtathleten, Handballer und Jungman-

nen bis 10 Uhr. Ebenso ist jeweils Sonntag vormittags ab 10 Uhr, Rasentraining auf dem Sportplatz an der Säbener Straße. Allen Übungsstunden ist beizuwohnen, um gerüstet zu sein für die Frühjahrs- und Sommersaison. Die Leitung.

Bar-Kochba schlägt Turnerbund 7:5 (3:2). Zu diesem, vorigen Sonntag ausgetragenen Treffen mußte Bar-Kochba mit einigen Ersatzleuten antreten. Trotzdem konnten die Bar-Kochbaner nicht nur den Kampf siegreich gestalten, sondern jederzeit überlegen führen. Das Torverhältnis gibt den Charakter des Spielverlaufs nicht richtig wieder. Wenn der Bar-Kochba-Sturm in der Aufstellung Orljansky II, Gröbel, Goldstern und Schuster im 16-Meter-Raum mehr geworfen und sich nicht im eigennützigen Dribbeln erschöpft hätte, wäre die Niederlage der Turner leicht eine zweistellige geworden. Die Läuferreihe mit Gelbart II, Jericho, Fleischer arbeitete auch besser als bei den letzten Wettspielen und das Verteidigerpaar Orljansky I und Spielmann wurde ihrer Aufgabe vollkommen gerecht. Kornhauser im Tor, der sich wiederholt durch glänzende Paraden auszeichnete, ist an den gegnerischen Toren schuldlos. Alles in allem, die Mannschaft, deren Start zu den kommenden Frühjahrsspielen ein vielversprechender war, würde für alle Vereine ein schwer zu nehmendes Hindernis sein, wenn sie sich mehr wie bisher dem Training unterzöge. Vom Anwurf weg nahm Bar-Kochba das Spiel sofort in die Hand und leitet schöne Angriffe ein. Doch vorerst will nichts glücken, die bestgemeinten Würfe landen im Aus. Erst mitte der ersten Halbzeit geht Bar-Kochba durch eine Einzelleistung eines Läufers in Führung, wenige Minuten später kann Schuster Nr. 2 werfen. Durch einen Strafwurf kommt der Gegner zum ersten Tor, während ein schöner Alleingang von Gröbel zum dritten Erfolge führt. Kurz vor der Pause mußte jedoch Kornhauser ein zweitesmal den Ball der Turner passieren lassen. Nach Seitenwechsel ändert sich das Bild nicht. Bar-Kochba geht zur Offensive über und Turnerbund hat viel zu tun, um die Angriffe abzuwehren, kann jedoch nicht verhindern, daß Goldmann und Schuster ein 4., 5. und 6. Tor werfen. Durch ganz zweifelhafte Entscheidungen des Schiedsrichters kommen die Turner zu billigen Torehren. Dies spornt die Bar-Kochba-Elf besonders an und trotz der zahlreichen Verteidigung von Turnerbund gelingt es Schuster ein 7. Tor zu erzielen und den Sieg sicherzustellen. L. F.

Leider mußten infolge außerordentlichen Platzmangels eine Reihe von Berichten über jüdische Veranstaltungen, das Weltecho und der Spendenausweis zurückgestellt werden.

Die glückliche Geburt eines Töchterleins zeigen hocherfreut an

ERWIN GOLDFARB und FRAU EMMY
geb. LÖWENHERZ

München, 30. März 1930
zurzeit Wöchnerinnenheim Rotes Kreuz



Das Wetter ist mir einerlei
mein Mantel ist von Loden-Frey

Herren- und Damen-Konfektion
aus eigenen unübertroffenen Stoffen
Lodenfabrik Frey, München, Maffeistr.

Färberei J. Arnold
Chemische Waschanstalt

MÜNCHEN
HOTEL EUROPÄISCHER HOF
BES. OTTO LÜCKERT
Das vornehme Hotel
direkt gegenüber dem Hauptbahnhof
Südeingang

Unter derselben Leitung
HOTEL DEUTSCHER HOF
OTTO LÜCKERT
5 Minuten vom Bahnhof am Karlstor gelegen
Kaffee-Restaurant
Wein-Restaurant
Pfälzer Winzerstube
Täglich nachm. und abends Konzert

MAX WITTKOP
Spezialgeschäft feiner Fleischwaren
München | Rathaus | Weinstrasse
Zweiggeschäft:
Bogenhausen, Ismaninger Str. 78
Alles für Küche und Keller
Die bekannten Zimmermann-Spezialitäten
Hervorragende Qualität
Billigste Berechnung
Individuelle Bedienung!





Sophie Velisch
Spezialistin der modernen, auf wissenschaftlicher Basis aufgebauten Schönheitspflege
Fernruf 297128
Maximilianstraße 38/I
gegenüber d. Hotel „Vier Jahreszeiten"

Oberpollinger
Das Münchener Kaufhaus
Neuhauser Straße 44 ● am Karlstor



Bekleidung / Mode / Sport
Wohnungsausstattung

Kein Kaufrisiko — **Erstes Haus für** — Umtausch gestattet
Radio — Foto — Sprechapparate

RADIO-INDUSTRIE
GMBH
25 BAYERSTR. 25
FILIALEN: ARNULFSTR. 16 TAL 54

Annahme von
kleinen Anzeigen
für
„Das Jüdische Echo" und die
„Bayerische Israelitische Gemeindezeitung"
auch
Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2

VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.